



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

# EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 12/18 • 22.03.2018



## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

Auf der Tagesordnung der heute beginnenden zweitägigen Frühjahrstagung des Europäischen Rates stehen in erster Linie Wirtschaftsthemen, insbesondere der Handel. Dabei werden die Gipfelteilnehmer vor allem über die von US-Präsident Donald Trump angekündigten erhöhten Einfuhrzölle auf Aluminium und Stahl sprechen.

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union werden sich darüber hinaus mit Besteuerung, dem westlichen Balkan, der Türkei und Russland befassen. Sie werden auch – ohne die britische Premierministerin May – den Stand der Brexitverhandlungen erörtern und zusätzliche Leitlinien annehmen.

Es schließt sich sodann ein Euro-Gipfel der 19 Mitglieder des Euro-Raums an, bei dem die langfristige Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, erörtert werden sollen.

Mit besten Grüßen

Dr. Henrike Franz  
Leiterin der Landesvertretung



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT  
WIRTSCHAFTS- UND  
ENERGIE





# Inhaltsverzeichnis

<b><u>Vorwort</u></b> .....	<b>2</b>
<b><u>Aus den Institutionen</u></b> .....	<b>4</b>
• Europäisches Parlament – EU-Haushalt für die Zeit nach 2020 muss politischen Zielen gerecht werden	
• Europäisches Parlament – Neues Körperschaftsteuersystem soll „digitale Präsenz“ berücksichtigen	
• Europäisches Parlament – Mitglieder des neuen Sonderausschusses zu Finanzkriminalität stehen fest	
• EuGH - Anschlussflüge im EU –Ausland: Entschädigungsklagen auch am Heimatort möglich	
• Europäische Kommission – Ihre Meinung ist gefragt: Kfz-Emissionstests verbessern	
• Europäische Kommission - Reform des EU –Visakodex	
• Wettbewerbsfähigkeitsrat tagt in Brüssel	
• Binnenmarktausschuss stimmt gegen Dienstleistungskarte	
<b><u>Aus den Fachbereichen</u></b> .....	<b>10</b>
• Erasmus+ wird um online-Variante erweitert	
• Beelitzer Spargel jetzt EU-weit geschützt	
• Produktpiraterie - EU-Bericht	
• Finanzierung des Europäischen Jugendorchesters bis 2020 gesichert	
• EU-Schulprogramm - Milch, Obst und Gemüse kostenlos für über 30 Millionen Kinder in der EU	
• Freies WLAN an öffentlichen Orten (WiFi4EU): Erste Ausschreibung startet am 15. Mai 2018	
<b><u>Was, wann, wo</u></b> .....	<b>15</b>
• Besuch des Präsidiums des Landtages von Sachsen-Anhalt beim Flämischen Parlament	
• Besuch in der Landesvertretung aus der Altmark	
• Dialogforum zur Zukunft Europas – die Wirtschaft gestaltet mit	
<b><u>Ausschreibungen</u></b> .....	<b>18</b>
• EPSO – Auswahlverfahren im Bereich öffentliche Gesundheit	
• KOM – Connecting Europe Energy	
• Vorschläge für Václav-Havel-Preis gefragt - Nominierungen bis Ende April möglich	
• Ausschreibung zur Umsetzung des Europäischen Preises für Popmusik	
<b><u>Kontaktbörse</u></b> .....	<b>20</b>
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<b><u>Büro intern / Tipp</u></b> .....	<b>22</b>
• GOEUROPE - Quizfragen	
<b><u>Ihr Kontakt zu uns</u></b> .....	<b>25</b>
<b><u>Impressum</u></b> .....	<b>26</b>



## Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Europäisches Parlament – EU-Haushalt für die Zeit nach 2020 muss politischen Zielen gerecht werden



Die Abgeordneten haben ihren Standpunkt zum nächsten langfristigen EU-Haushalt dargelegt, der neue Prioritäten finanzieren und die durch den Brexit zu erwartenden Defizite ausgleichen soll.

Das Europäische Parlament hat zwei Entschlüsse zur Ausgaben- und Einnahmenseite des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) für die Zeit nach 2020 angenommen.

Das Parlament möchte, dass der EU-Haushalt den politischen Prioritäten gerecht wird und einige der neuen Herausforderungen angeht, denen sich alle Mitgliedstaaten gegenübersehen, sei es Migration, Verteidigung, Sicherheit oder Klimawandel. Die Abgeordneten sind der Ansicht, dass die derzeitige Obergrenze für die Ausgaben der EU von 1% auf 1,3% des BNE der EU angehoben werden muss, um diese neuen Schwerpunktbereiche finanzieren zu können, ohne dass darunter die Unterstützung für die ärmsten Regionen oder die landwirtschaftlichen Gemeinschaften Europas leiden muss.

Zu den wichtigsten Forderungen des Parlaments gehört die Aufstockung der Forschungsprogramme, von Erasmus+, der Beschäftigungsinitiative für Jugendliche sowie der Unterstützung von KMU und der Mittel für Infrastrukturinvestitionen im Rahmen der Fazilität [„Connecting Europe“](#) (CEF).

Die Abgeordneten warnen, dass „ohne die entsprechenden Fortschritte bei den Eigenmitteln keine Einigung über den MFR erzielt werden wird“. Ausgaben und Einnahmen sollten daher als ein einziges Paket behandelt werden.

Die Entschlüsse zu den Einnahmen baut auf dem Bericht der [Hochrangigen Gruppe „Eigenmittel“](#) auf und fordert die Verstärkung der [bestehenden](#) und die schrittweise Einführung [neuer Eigenmittel](#). Dafür kommen überarbeitete MwSt.-Eigenmittel, ein Anteil der Einnahmen aus der Körperschaftsteuer, eine Finanztransaktionssteuer, eine Steuer in der digitalen Wirtschaft oder auch Umweltsteuern infrage.

Die Entschlüsse der Ko-Berichterstatter [Jan Olbrycht](#) (EVP, PL) und [Isabelle Thomas](#) (S&D, FR) zum EU-Langzeithaushalt für die Zeit nach 2020 wurde mit 458 gegen 177 Stimmen bei 62 Enthaltungen angenommen.

Der Entschlussesantrag der Ko-Berichterstatter [Gérard Deprez](#) (ALDE, BE) und [Janusz Lewandowski](#) (EVP, PL) zur Reform des Eigenmittelsystems der EU wurde mit 442 gegen 166 Stimmen bei 88 Enthaltungen angenommen.

Die beiden Entschlüsse stellen den Beitrag des Parlaments zu den Legislativvorschlägen der EU-Kommission zu diesen Themen dar, die im Mai 2018 vorgestellt werden sollen. Die Annahme einer neuen MFR-Verordnung bedarf der Zustimmung des Parlaments.

In den Berichten wird gefordert, dass unverzüglich Gespräche zwischen den drei Institutionen aufgenommen werden, um noch vor der Europawahl zu einer Einigung zu gelangen.

Mehr als 94% des EU-Haushaltes kommen den Bürgerinnen und Bürgern, Regionen, Kommunen, Landwirten und Unternehmen zugute. Die Verwaltungsausgaben der EU machen weniger als 6 % des EU-Haushaltes aus. (Quelle: [EU-Kommission](#))

Eine Umfrage zeigt, dass die Europäer von der EU Lösungen erwarten. Die meisten Umfrageteilnehmer sind der Ansicht, dass die EU in einem breiten Spektrum von Politikbereichen - von Sicherheit über Migration bis hin zu Wirtschafts- und Sozialpolitik -



stärker tätig werden könne und solle, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen (Quelle: [Eurobarometer](#)) • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

## Europäisches Parlament – Neues Körperschaftsteuersystem soll „digitale Präsenz“ berücksichtigen

Unter den neuen Steuerplänen würden Unternehmen ihre Steuern dort bezahlen, wo Gewinne gemacht werden. Online-Aktivitäten digitaler Unternehmen sollen zur Steuerberechnung genutzt werden.



Die "Gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer" (GKKB) – Teil eines umfassenden Vorschlags zur Schaffung einer einheitlichen, klaren und fairen Körperschaftsteuerregelung in der EU – wurde am Donnerstag von den Abgeordneten mit 438 gegen 145 Stimmen bei 69 Enthaltungen unterstützt.

Eine weitere, ergänzende, Maßnahme, die die Grundlage für das harmonisierte Körperschaftsteuersystem – die Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage – schafft, wurde mit 451 gegen 141 Stimmen bei 59 Enthaltungen angenommen.

Die beiden Maßnahmen zielen darauf ab, die Lücken zu schließen, die es einigen digitalen und weltweit tätigen Unternehmen ermöglicht haben, ihre Steuerschuld drastisch zu verringern oder Steuern zu vermeiden, dort, wo sie Gewinne erzielen. Dies soll teilweise durch vorgeschlagene Referenzwerte („Benchmarks“) erreicht werden, mit denen ermittelt wird, ob ein Unternehmen in einem EU-Mitgliedstaat „digital präsent“ und damit steuerpflichtig ist.

Das Parlament fordert außerdem, dass die EU-Kommission Referenzwerte wie die Anzahl der Nutzer oder die Menge der gesammelten digitalen Inhalte festlegt, um ein klareres Bild davon zu erhalten, wo ein Unternehmen seine Gewinne erzielt. Der Wert personenbezogener Daten hat zugenommen, denn Unternehmen wie Facebook, Amazon und Google nutzen sie zur Schaffung ihres Reichtums. Zur Berechnung der Steuerschuld solcher Unternehmen werden diese Daten derzeit jedoch nicht berücksichtigt.

Unternehmen würden ihre Steuerschuld berechnen, indem sie die Gewinne und Verluste ihrer Niederlassungen in allen EU-Mitgliedstaaten addieren. Die sich daraus ergebende Steuer würde dann zwischen den Mitgliedstaaten aufgeteilt, je nachdem, wo die Gewinne erwirtschaftet wurden. Ziel ist es, die derzeitige Praxis zu verhindern, dass Unternehmen ihre Steuerbemessungsgrundlage in Niedrigsteuergelände verlagern.

Sobald die Vorschläge in Kraft treten, würden in allen Mitgliedstaaten einheitliche Steuervorschriften gelten. Die Unternehmen müssten sich nicht mehr mit 28 verschiedenen nationalen Regelungen auseinandersetzen und wären nur noch einer einzigen Steuerverwaltung („One-Stop-Shop“) gegenüber rechenschaftspflichtig.

Die Entschlüsse werden nun dem Rat und der Kommission vorgelegt. • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)



## Europäisches Parlament – Mitglieder des neuen Sonderausschusses zu Finanzkriminalität stehen fest



Die Abgeordneten haben die Nominierung von 45 Mitgliedern für den neuen "Sonderausschuss zu Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung" ohne Abstimmung gebilligt.

Gegen den Beschluss, die 45 Sitze in dem nichtständigen Ausschuss in etwa proportional zur politischen Vertretung im Parlament zu verteilen, gab es keine Einwände. Folglich wurde der Beschluss ohne Abstimmung gefasst. [Mitgliederliste](#)

Gemäß dem [Mandat des Ausschusses](#), das auf der vergangenen Plenartagung verabschiedet wurde, wird sich das Gremium unter anderem mit der Bewertung „einzelstaatlicher Regelungen, mit denen Steuerprivilegien gewährt werden“, dem Mehrwertsteuerbetrug und den Problemen der Einhaltung der Steuervorschriften in der digitalen Wirtschaft befassen.

Die erste Sitzung des Sonderausschusses findet am 22. März statt. Dann werden die Mitglieder einen Vorsitzenden, stellvertretende Vorsitzende und Berichterstatter auswählen. Der Ausschuss hat ein zwölfmonatiges Mandat. • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

## EuGH - Anschlussflüge im EU –Ausland: Entschädigungsklagen auch am Heimatort möglich

Ein EU -Flugpassagier kann Entschädigung wegen einer großen Verspätung auch dann bei einem Gericht am Zielort seiner Reise einklagen, wenn die Verspätung durch einen verpassten Anschlussflug in einem anderen Mitgliedstaat entstanden ist. Voraussetzung ist aber, dass alle Flüge der Reise in einem Vorgang als Paket gebucht wurden. Das ergibt sich aus einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH).

Hintergrund des Urteils sind Klagen von Passagieren, die von Ibiza über Palma de Mallorca nach Düsseldorf, bzw von Melilla über Madrid nach Frankfurt geflogen waren. Gekauft wurden die Tickets für die gesamte Verbindung bei Air Berlin bzw Iberia. Die ersten, innerspanischen Teilstrecken wurden jedoch von Air Nostrum geflogen. Weil deren Maschinen 45 bzw 20 Minuten zu spät ankamen, verpassten die Passagiere ihre Anschlussflüge nach Deutschland, wo sie schließlich mit einer Verspätung von etwa 4 Stunden bzw rund 13 Stunden ankamen. Vor deutschen Gerichten klagten sie auf Entschädigung auf Grundlage der EU -Fluggastrechtverordnung.

Solche Klagen seien sowohl im Land des Abflugs, als auch im Land der Ankunft möglich, entschied der EuGH . C-274/16, C-447/16, C-448/16.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 05/18*



Zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs [Link](#)

## Europäische Kommission – Ihre Meinung ist gefragt: Kfz-Emissionstests verbessern

Die Kommission will die Qualität der Tests für Kraftfahrzeugemissionen weiter verbessern. Bevor sie ihren Rechtsvorschlag dazu finalisiert, bittet Sie Interessierte bis zum 5. April um ihre



Beiträge. Ziel ist es, zuverlässigere Emissionstests zu gewährleisten und das Vertrauen der Verbraucher wiederherzustellen. Dazu will sie bestehenden Vorschriften für die seit 1. September 2017 gültigen Tests unter realen Fahrbedingungen ("Real Driving Emissions" - RDE) und Laboruntersuchungen weiter verbessern.

Im Rahmen der Bemühungen der Kommission für eine saubere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Automobilindustrie sind seit dem 1. September 2017 neue Pkw-Emissionstests vorgeschrieben: Tests unter realen Fahrbedingungen ("Real Driving Emissions" - RDE) und ein verbesserter Labortest ("World Harmonised Light Vehicle Test Procedure" - WLTP).

Jetzt zieht die Kommission die Schrauben weiter an, indem sie diese Tests verbessert und mehr Kontrollen einführt, um sicherzustellen, dass die bereits im Verkehr befindlichen Fahrzeuge die Emissionsgrenzwerte einhalten.

Der Vorschlag der Kommission zielt u.a. darauf ab, die technischen Unsicherheiten bei der RDE-Prüfung zu verringern, die Emissionskontrollen der im Verkehr befindlichen Fahrzeuge zu verstärken und die Prüfungen durch unabhängige und akkreditierte Dritte durchzuführen.

Auf der Grundlage des bis zum 5. April eingegangenen öffentlichen Feedbacks wird die Kommission einen Rechtsvorschlag vorlegen, über den die Mitgliedstaaten im Technischen Ausschuss für Kraftfahrzeuge (TCMV) abstimmen werden. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Öffentliche Konsultation zur Verbesserung der Tests für Kraftfahrzeugemissionen [Link](#)  
Tests für Kraftfahrzeugemissionen seit dem 1. September [Link](#)

## Europäische Kommission - Reform des EU –Visakodex

7

Mit einfacheren Verfahren bei der Ausstellung von Visa will die EU -Kommission die EU –Tourismuswirtschaft stärken, die etwa 10 Prozent zur EU -Wirtschaftsleistung beiträgt. So soll dem Vorschlag zufolge in zehn statt bisher 15 Tagen über Visumsanträge entschieden werden, die statt drei künftig bereits bis zu sechs Monate vor der Reise gestellt werden könnten und zwar auch elektronisch. „Vertrauenswürdige“ Vielreisende sollen Visa bekommen können, die bis zu fünf Jahre gültig sind, wobei die Einreisevoraussetzungen wiederholt überprüft werden sollen. An den EU -Außengrenzen sollen zu bestimmten Zeiten Einmal-Visa für Kurzbesuche von bis zu sieben Tagen ausgestellt werden dürfen, die nur für das ausstellende Land gelten.

Die seit 2006 geltende Visa-Bearbeitungsgebühr von 60 Euro will die Kommission auf 80 Euro erhöhen, als Beitrag zur Finanzierung strengerer Sicherheitsüberprüfungen.

Drittstaaten, die sich dagegen sperren, illegal in die EU eingereiste Staatsangehörige wieder aufzunehmen, sollen das bei der Vergabe von Visa für den Schengenraum zu spüren bekommen. Etwa durch längere Bearbeitungszeiten, eine kürzere Gültigkeit der Visa oder höhere Gebühren. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 05/18*



Kommission will EU-Visumpolitik reformieren [Link](#)



## Wettbewerbsfähigkeitsrat tagt in Brüssel

Im Rahmen des Wettbewerbsfähigkeitsrats trafen sich die EU-Wirtschaftsminister am 12. März in Brüssel. Der Rat hat dabei neben der Digitalisierung der Wirtschaft und der Verbesserung des Binnenmarkts auch über die europäische Industriepolitik beraten. In den Schlussfolgerungen über eine künftige Strategie für die EU-Industriepolitik wurde betont, dass dringend eine langfristige Strategie für die Industriepolitik erforderlich sei, um Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Innovation in Europa zu fördern.

Die Minister haben außerdem Schlussfolgerungen zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums in der EU angenommen. Darin wird auf das Paket der EU-Kommission zum Thema geistiges Eigentum vom 29. November 2017 eingegangen. Es zielt darauf ab, die einschlägigen Rechte besser zu schützen, Innovationen zu fördern und das System an das digitale Zeitalter, insbesondere das Internet, anzupassen.

Zudem erfolgte der regelmäßige Check-up der Wettbewerbsfähigkeit, bei dem die Minister den Zustand der Realwirtschaft in der EU prüfen.

Die Ratsformation Wettbewerbsfähigkeit zeigt sich verantwortlich für eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums in der EU und ist dabei für die folgenden Politikbereiche zuständig: Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Innovation sowie Raumfahrt.

• dw

Weitere Informationen: Webseite zum Wettbewerbsfähigkeitsrat vom 12. März: [hier](#)

## Binnenmarktausschuss stimmt gegen Dienstleistungskarte

Der federführend zuständige Binnenmarktausschuss des EU-Parlaments (IMCO) hat in seiner Abstimmung am 21. März 2018 den Gesetzesvorschlag zur Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte (e-Card, bestehend aus Verordnung und Richtlinie) abgelehnt.

Die e-Card ist Teil eines Dienstleistungspakets, welches die EU-Kommission im Januar 2017 vorgelegt hatte. Sie soll Dienstleistungserbringern die grenzüberschreitende Tätigkeit erleichtern. Ziel der Karte ist es, ein elektronisches Verfahren für die behördliche Zusammenarbeit zu schaffen, welches es Dienstleistungserbringern ermöglichen soll, in ihrem Heimatstaat alle Formalitäten zu erfüllen, um in einem anderen Mitgliedstaat tätig zu sein. Die Behörde des Heimatstaats soll den Antrag bei der Behörde des Ziellandes einreichen und bei erfolgreichem Antrag die Dienstleistungskarte ausstellen. Der Dienstleister kann frei wählen ob er die Karte nutzen möchte. Die Mitgliedstaaten müssen die Karte anbieten bzw. akzeptieren.

Der EU-Gesetzgebungsprozess zur Dienstleistungskarte ist ein gutes Jahr nach ihrer Präsentation ins Stocken geraten. Das EU-Parlament als einer der beiden Ko-Gesetzgeber steht dem Vorschlag skeptisch gegenüber. Neben dem IMCO-Ausschuss haben sich auch mitberatenden Ausschüsse für Industrie, Energie und Forschung (ITRE), Wirtschaft und Währung (ECON), Recht (JURI) sowie für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) für eine Ablehnung ausgesprochen. Über den Vorschlag wird damit auch nicht mehr im Plenum des EU-Parlaments abgestimmt, sondern dieser zurückverwiesen an die EU-Kommission. Die





weiteren Verhandlungen im Rat, dem zweiten Ko-Gesetzgeber, werden nun ebenfalls von der Position des EU-Parlaments beeinflusst. Auch dort lehnen viele Mitgliedsstaaten (u.a. Deutschland und Frankreich) die e-Card ab.

Auch bei Gewerkschaften (u.a. DGB, IG BAU) und Wirtschaft (u.a. Bauwirtschaft, Handwerk) stößt die Dienstleistungskarte mehrheitlich auf Ablehnung. Kritisiert werden dabei vielfach die kurzen Fristen für die Behörden, die mögliche Gefahr der Scheinselbständigkeit und die etwaige Einführung des Herkunftslandprinzips durch die Hintertür. • *dw*



## Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Erasmus+ wird um online-Variante erweitert

Das renommierte EU-Programm Erasmus+ hat am 15. März seine Mobilitätsmaßnahmen um ein Online-Angebot ausgebaut. Ziel ist es, mehr Studierende und junge Menschen aus Europa und aus den Ländern der südlichen Nachbarschaft der EU auf virtuelle Weise zusammenzubringen.

Das Projekt „[Virtueller Erasmus+-Austausch](#)“ soll in den nächsten beiden Jahren mithilfe digitaler Lernwerkzeuge den interkulturellen Dialog fördern und die Kompetenzen von mindestens 25.000 jungen Menschen verbessern. [Das Projekt](#) erstreckt sich auf die 33 Erasmus+-Programmländer sowie den südlichen Mittelmeerraum mit den Ländern Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, die Palästinensischen Gebiete, Syrien und Tunesien.



10

Der Virtuelle Erasmus+-Austausch wird junge Menschen, Jugendarbeiter, Studierende und Hochschulmitarbeiter aus Europa und aus den Ländern der südlichen Nachbarschaft der EU in moderierten Diskussionsrunden, transnationalen Projektgruppen, offenen Online-Kursen und Advocacy-Schulungen zusammenbringen. So können junge Menschen aus verschiedenen Ländern einmal pro Woche über das Online-Tool zusammenkommen, um unter der Leitung eines Moderators auf der Grundlage vorab verteilter Materialien Themen wie Wirtschaftsentwicklung oder Klimawandel zu erörtern.

Alle Aktivitäten finden im Rahmen von Hochschulprogrammen oder Jugendprojekten statt. Während der Vorbereitungsphase hat der Virtuelle Erasmus+-Austausch Interesse bei Universitäten und Jugendorganisationen geweckt. Bisher sind 50 Partnerschaften geschlossen und 40 Personen als Diskussions-Moderatoren geschult worden.

Der Kontakt und der Austausch mit Gleichaltrigen aus einem anderen Land bieten eine großartige Gelegenheit für den Erwerb neuer Kenntnisse und Fertigkeiten und fördern Toleranz und gegenseitige Akzeptanz. Der Virtuelle Austausch unterstützt zudem den interkulturellen Dialog junger Menschen im Sinne der [Pariser Erklärung](#), die die EU-Bildungsminister bei ihrem informellen Treffen im März 2015 verabschiedeten. Ziel der Erklärung ist die Förderung von Politischer Bildung und der gemeinsamen Werte Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung durch Bildung. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Die Pressemitteilung: Erasmus+ jetzt auch virtuell [Link](#)

Virtueller Erasmus+-Austausch [Link](#)



## Beelitzer Spargel jetzt EU-weit geschützt

Die Europäische Kommission hat am 15. März den Beelitzer Spargel in die Liste der geschützten europäischen Produkte aufgenommen. Der beliebte weiße und grüne Spargel, der rund um die Stadt Beelitz im Bundesland Brandenburg angebaut wird, darf damit das EU-Siegel „geschützte geografische Angaben (g.g.A.)“ tragen.

Das Gütezeichen bürgt für die Qualität eines hochwertigen landwirtschaftlichen Erzeugnisses und sorgt für den Schutz gegen Missbrauch und Nachahmung der Produktbezeichnung. Damit ist eine bessere Vermarktung möglich. Gleichzeitig soll es den Verbraucher über die besonderen Merkmale des Erzeugnisses informieren.

Das Siegel steht für die enge Verbindung eines Produktes mit dem Herkunftsgebiet: Mindestens eine der Produktionsstufen – Erzeugung, Verarbeitung oder Herstellung – muss im Herkunftsgebiet durchlaufen werden.

Gute Wachstumsbedingungen aufgrund des sandigen Bodens und des kontinentalen Klimas begünstigen den Anbau eines Produktes, das sich durch einen ausgewogenen Geschmack ohne übermäßige Bitterkeit auszeichnet. Die „Beelitzer Spargel“ haben eine lange Tradition, die vom Glasermeister und Ackerbauer Karl Friedrich Wilhelm Herrmann begründet wurde, der 1861 in Beelitz den ersten Spargel auf dem Feld pflanzte. Die ersten "Beelitzer Spargel" wurden ab 1870 in großen Mengen verkauft. Seitdem hat sich Spargel zum wichtigsten Gemüse in Brandenburg entwickelt. Dieser neue Name wird zu mehr als 1425 bereits geschützten Produkten hinzukommen, deren Liste in der DOOR-Datenbank verfügbar ist. • *eag Quelle: PM KOM*



In Sachsen-Anhalt stehen unter anderem Halberstädter Würstchen seit einer Entscheidung im Oktober 2010 unter [Namenschutz](#) der Europäischen Union. Die Produkte der Halberstädter Würstchen- und Konservenfabrik dürfen seit dem 28. Oktober 2010 das EU-Siegel „[geschützte geografische Angabe](#)“ tragen, damit dürfen nur noch Produkte, die in Halberstadt hergestellt werden, mit dem Adjektiv „Halberstädter“ versehen sein.

11

Weitere Informationen

Die Meldung in den Daily News vom 15. März 2018 [Link](#)

Informationen zur geschützten geografischen Angabe allgemein gibt es [hier](#) und [hier](#).

Einen Überblick zu den in Deutschland bereits geschützten Produkten sehen Sie [hier](#).

## Produktpiraterie - EU-Bericht

Die EU-Kommission hat in einem am 13. März veröffentlichten Bericht über die Verletzung geistigen Eigentums durch Drittstaaten informiert. Im Fokus der Kritik steht dabei unverändert China, das mit einem Anteil von 80 Prozent nach wie vor die Urheberrechtsregeln verletzt.

Dem Bericht zufolge gibt es vor allem im pharmazeutischen Bereich und beim Urheberrecht die meisten Probleme – und hier auch wieder mit China. Um gezielter das Problem angehen zu können, hat die EU eine [Konsultation](#) gestartet, die noch bis zum 14. April läuft.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Daily News vom 13.03.2018 [Link](#)

Der Bericht [Link](#)

Die Handelspolitik der EU [Link](#)



## Finanzierung des Europäischen Jugendorchesters bis 2020 gesichert



Die Europäische Kommission begrüßt das Votum des Europäischen Parlaments, die im Januar mit dem Rat erzielte Einigung zur Finanzierung des Europäischen Jugendorchesters bis 2020 zu billigen. Das 1976 gegründete Orchester bietet regelmäßig Ausbildungs- und Auftrittsmöglichkeiten für junge Musiker in ganz Europa und bestätigt die wichtige Rolle von Kultur und Bildung bei der Stärkung einer europäischen Identität. Es vereint talentierte junge Musiker Europas in einem Ensemble, das kulturelle, soziale, wirtschaftliche, religiöse und politische Grenzen überschreitet.

Die Finanzierung wird durch eine Änderung der Verordnung über das Programm „Kreatives Europa“ gesichert. Die Entscheidung garantiert eine rechtlich einwandfreie und transparente Lösung für eine nachhaltige finanzielle Unterstützung des Orchesters unter Berücksichtigung seiner Besonderheiten und seiner Rolle bei der Bereicherung des kulturellen Erbes Europas.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Das Europäische Jugendorchester [Link](#)

Vorläufige Einigung vom Januar [Link](#)

Programm Kreatives Europa [Link](#)

## EU-Schulprogramm - Milch, Obst und Gemüse kostenlos für über 30 Millionen Kinder in der EU

Die EU stellt jedes Jahr 150 Mio. Euro für Obst und Gemüse und 100 Mio. Euro für Milch und Milcherzeugnisse für die Schulkinder in der EU zur Verfügung. Am 15. März hat die EU-Kommission die Berichte zum Schuljahr 2016/2017 veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass in diesem Zeitraum über 12 Millionen Kinder an 79.000 Schulen am EU-Programm für Schulobst und -gemüse und rund 18 Millionen Kinder am EU-Schulmilchprogramm teilgenommen haben.

Deutschland hat rund 25 Mio. Euro aus dem EU-Schulobstprogramm abgerufen. Rund 11 Mio. Euro haben die 9 teilnehmenden Bundesländer (Baden-Württemberg, Bayern, die Hansestadt Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen) zur Finanzierung beigetragen. Rund 16.500 Schulen und Kindertagesstätten und rund 1,76 Millionen Kinder im Alter von 1 bis 18 Jahren aus Deutschland sind damit in den Genuß von Obst und Gemüse aus dem EU-Schulprogramm gekommen. Aus dem EU-Milchprogramm hat Deutschland 10,5 Mio. Euro erhalten.

Im Schuljahr 2016/2017 waren Äpfel die am weitesten verbreitete Frucht, gefolgt von Birnen, Pflaumen, Pfirsichen, Nektarinen, Orangen, Erdbeeren und Bananen. Karotten, Tomaten, Gurken und Paprika waren die beliebtesten Gemüse. Die pädagogischen Maßnahmen umfassten Ausflüge zu Bauernhöfen, Schulgärten, Kochkurse und -wettbewerbe, Unterricht mit Ernährungsberatern, Spiele und mehr. Milch, aromatisierte Milch und fermentierte Milcherzeugnisse wie Joghurt waren die beliebtesten Kategorien des Milchprogramms. Außerdem wurde häufig Käse verteilt. • *eag Quelle: PM KOM*





Weitere Informationen

Die vollständige Pressemitteilung mit Zahlen zu allen Mitgliedstaaten. [Link](#)  
Überwachungsberichte der Mitgliedstaaten über das Schulobst- und -  
gemüseprogramm der EU im Zeitraum 2016/2017 [Link](#)  
Schulobst- und -gemüseprogramm sowie Schulmilchprogramm der EU [Link](#)  
Vorläufige Mittelzuweisungen je Mitgliedstaat [Link](#)  
Die Ergebnisse für Deutschland, aufgeschlüsselt nach den Bundesländern [Link](#)  
Den Gesamtbericht für Deutschland [Link](#)

## Freies WLAN an öffentlichen Orten (WiFi4EU): Erste Ausschreibung startet am 15. Mai 2018

Die Initiative der EU-Kommission für mehr freies WLAN an öffentlichen Orten (WiFi4EU) konkretisiert sich. Am 20. März 2018 wurde das WiFi4EU-Webportal gestartet. Von nun an können sich interessierte Städte und Gemeinden in ganz Europa vor der ersten Aufforderung zur Einreichung von Projektvorschlägen am 15. Mai 2018 um 13:00 (MEZ), bei der sie die Möglichkeit haben, EU-Mittel für den Aufbau von kostenlosen öffentlichen drahtlosen Internet-Hotspots zu erhalten, registrieren.

Der WiFi4EU-Gesetzesvorschlag war von der EU-Kommission im September 2016 im Rahmen ihrer Strategie zum Digitalen Binnenmarkt vorgelegt worden. Er sieht die Schaffung eines 120 Mio. Euro schweren Gutscheinsystems aus dem EU-Haushalt vor, um allen



interessierten lokalen Behörden die Möglichkeit bieten, ihren Bürgerinnen und Bürgern beispielsweise in öffentlichen Gebäuden und in deren Umfeld sowie in Gesundheitszentren, Parks oder Anlagen freie WLAN-Zugänge anzubieten. Es sollen insgesamt mindestens 6000 bis 8000 Gemeinden von diesem neuen Projekt profitieren. Auch aus Sachsen-Anhalt gibt es bereits Interesse an dem Programm.

### Wie kann ein WiFi4EU-Gutschein beantragt werden?

- **Registrierungsphase:** Seit dem 20. März 2018 können sich Städte und Gemeinden beim [www.wifi4eu.eu](http://www.wifi4eu.eu)-Portal anmelden;
- **Bewerbungsphase:** Am 15. Mai 2018 um 13:00 (MEZ) wird die erste Aufforderung veröffentlicht, und die registrierten Gemeinden können sich um ein erstes Los von 1000 WiFi4EU-Gutscheinen (Wert jeweils 15 000 EUR) bewerben. Die Gutscheine werden in der Reihenfolge des Eingangs der Bewerbungen vergeben.
- **Zuteilungsphase:** Die Kommission wird die 1000 Gemeinden bekannt geben, die Mittel im Rahmen der ersten Aufforderung zur Bewerbung erhalten, wobei die geografische Ausgewogenheit gewahrt wird. Jedes teilnehmende Land erhält mindestens 15 Gutscheine.



- **In den kommenden zwei Jahren** werden vier weitere EU-Aufforderungen zur Bewerbung veröffentlicht werden.

Mit der Förderung sollen hochmoderne Geräte erworben und installiert, d.h. lokale WLAN-Zugangspunkte eingerichtet werden. Die laufenden Kosten für die Internetverbindung müssen die Gemeinden selbst abdecken. WiFi4EU-finanzierte Netze werden kostenlos und werbefrei sein und keine personenbezogenen Daten abgreifen. Die Mittel werden nur bereitgestellt, wenn in demselben öffentlichen Raum noch keine unentgeltlichen privaten oder öffentlichen Angebote ähnlicher Qualität bestehen. *dw Quelle: Europäische Kommission*

Weitere Informationen:

Fragen und Antworten zu WiFi4EU: [hier](#)

WiFi4EU-Portal: [hier](#)

Liste der zugelassenen Einrichtungen in Deutschland: [hier](#)



## Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

### Besuch des Präsidiums des Landtages von Sachsen-Anhalt beim Flämischen Parlament

Das Präsidium des Landtages vom Sachsen-Anhalt besuchte auf Einladung des Flämischen Parlaments am 14. und 15. März 2018 Brüssel.

Zum Auftakt informierten sich Landtagspräsidentin GABRIELE BRAKEBUSCH (CDU) sowie die Vizepräsidenten WILLI MITTELSTÄDT (AfD) und WULF GALLERT (LINKE) im Amtssitz der flämischen Regierung am Beispiel Flanderns über die verfassungsrechtliche Stellung der Regionen und Sprachgemeinschaften im belgischen Staatsgefüge und hatten Gelegenheit, darüber mit Vertretern des flämischen Außenministeriums ins Gespräch zu kommen. Dabei kamen neben den im Vordergrund stehenden



Fragen des Parlamentarismus auch kulturelle, wirtschaftliche und haushaltspolitische Aspekte sowie Parallelen und Unterschiede zum föderalen System in Deutschland zur Sprache.

Es folgte ein Rundgang im Palais des Beaux-Arts (BOZAR), wo eine Ausstellung mit Fotografien von Dirk Braeckman im Mittelpunkt stand. Der Künstler war persönlich anwesend und erläuterte den Gästen seine Werke.

Der Abend wurde abgerundet mit einem vom Präsidenten des Flämischen Parlaments, JAN PEUMANS, gegebenen Essen. Daran nahm eine Reihe von Abgeordneten verschiedener Parteien des Flämischen Parlaments teil, die alle ihre Gastfreundschaft dadurch zum Ausdruck brachten, dass die Konversation auf Deutsch geführt wurde. Die Atmosphäre war trotz des breiten Parteisppektrums von heiterer Gelassenheit geprägt, ohne dabei den fachlichen Austausch aus dem Auge zu verlieren.

Der zweite Besuchstag begann mit einer Begrüßung der Delegation durch zahlreiche Abgeordnete im Gebäude des Flämischen Parlaments und der Eintragung in das Goldene Buch. Der gastgebende Präsident nutzte den anschließenden Gang durch das Haus für Erläuterungen zur Bau- und Parlamentsgeschichte und lud seine Amtskollegin aus Sachsen-Anhalt zu einer Sitzprobe auf seinem Sessel in dem architektonisch sehr interessanten Plenarsaal ein.



Den Einstieg in die anschließende Diskussion zu Fragen des Tourismus und dessen Förderung bildete ein Vortrag des Direktors der flämischen Tourismusagentur, PETER DE WILDE, der die



Besonderheiten des Marketingkonzeptes seiner Einrichtung sowie wichtige inhaltliche Schwerpunkte, darunter die Konzentration auf die Flämischen Meister als Gästemagnet, erläuterte. Der Kreis der Teilnehmer an der simultan verdolmetschten Runde war auf Seiten der Gastgeber gegenüber dem Vorabend nochmals erweitert worden war. Es nahmen mehrere Fraktionsvorsitzende teil, unter ihnen der durch sein Buch „ZUSAMMEN LEBEN: MEINE REZEPTE GEGEN KRIMINALITÄT UND TERROR“ in jüngster Zeit auch in Deutschland bekannt gewordene Bürgermeister der Stadt Mechelen, BART SOMERS teil, der für die flämischen Liberaldemokraten im Parlament sitzt.

Beim abschließenden Mittagessen im Parlamentsrestaurant über den Dächern Brüssels stieß der deutsche Botschafter beim Königreich Belgien, RÜDIGER LÜDEKING, zur Runde. An den von den Gastgebern mit großer Umsicht besetzten Tischen entspannen sich interessante Diskussionen um die Fortentwicklung des föderalen Parlamentarismus sowie aktuelle Fragen von Geschäftsordnung und Plenarkultur. Auch zeitliche Optionen für einen Gegenbesuch des Flämischen Parlaments in Magdeburg wurden erörtert.

Der gesamte Besuch wurde vom Generaldelegiertem der Regierung Flanderns in Deutschland, KOEN HAVERBEKE, begleitet. Ihm galt der besondere Dank der Gäste für seine hervorragende Organisation. • *Gastartikel*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) und [hier](#)

## Besuch in der Landesvertretung aus der Altmark

Eine Gruppe um Herrn Dr. Frank Dreihaupt, bis 2016 langjähriger Präsident der Zahnärztekammer Sachsen-Anhalt, besuchte im Rahmen ihrer viertägigen Informationsreise in die „Hauptstadt Europas“ die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt am 16. März 2018.

16

Die aus 15 Personen bestehende Gruppe, welche in Brüssel untergebracht war, wurde von Frau Dr. Franz in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der EU in Empfang genommen und durch das Haus geführt.

Auf dem Programm der Gruppe stand darüber hinaus nicht nur der Besuch des Brüsseler Büros der Bundeszahnärztekammer und der Schlachtfeldes von Waterloo, sondern auch eine Führung durch das Europaviertel und die Besichtigung des Atomiums, welches als besonderes Wahrzeichen der Stadt bekannt ist. • *afk*







## Dialogforum zur Zukunft Europas – die Wirtschaft gestaltet mit

"Quo vadis Europa? Unternehmen brauchen die EU – die EU braucht Unternehmen": Unter dieser Überschrift steht das Dialogforum, zu dem wir Sie am 19. April 2018 in der Zeit von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr in die IHK Magdeburg einladen.

Welche Vorteile bietet der Binnenmarkt für Unternehmen? Wie soll die EU weltweiten Freihandel aktiv mitgestalten? Sollen Unternehmenskäufe ausländischer Investoren genauer geprüft werden? Welchen Problemen steht der grenzüberschreitende Dienstleistungsverkehr gegenüber? Welche Auswirkungen hat der Brexit? Wo besteht aus Ihrer ganz persönlichen Sicht noch Verbesserungsbedarf in der EU? Und welche Rolle spielt bei all dem die EU?

Diesen und vielen weiteren Fragen widmet sich die Diskussionsveranstaltung, die gemeinsam vom DIHK, der IHK Halle-Dessau und der IHK Magdeburg organisiert wird. Die Veranstaltung bietet eine Austauschplattform zwischen Unternehmen und Vertretern der Europäischen Union in Deutschland. Die Ergebnisse der Diskussion fließen in die Europapolitischen Positionen der IHK/DIHK- Organisation mit ein.

Ihre Meinung ist uns wichtig! Diskutieren Sie mit und bringen Sie Ihre Erfahrungen und Standpunkte ein.

Zum Thema steht Ihnen Sven Erichson, IHK Magdeburg, Enterprise Europe Network, Tel: 0391 56 93 148, Mail: [erichson@magdeburg.ihk.de](mailto:erichson@magdeburg.ihk.de) zur Verfügung. • *Gastartikel*



Industrie- und Handelskammer  
Magdeburg



Deutscher  
Industrie- und Handelskammertag





# Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

<b>Gegenstand:</b>	EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL (EPSO) Bekanntmachung allgemeiner Auswahlverfahren Das Europäische Amt für Personalauswahl (EPSO) führt folgende allgemeine Auswahlverfahren durch: BEAMTE (m/w) DER FUNKTIONSGRUPPE ADMINISTRATION (AD 6) IM BEREICH ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT: <ul style="list-style-type: none"><li>• EPSO/AD/340/18 — Gesundheit und Lebensmittelsicherheit — Audit, Inspektion und Bewertung</li><li>• EPSO/AD/341/18 — Lebensmittelsicherheit — Politik und Rechtsvorschriften</li></ul>
<b>Fundstelle: Abl.</b>	C 97 vom 15. März 2018 <a href="http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:097:FULL&amp;from=DE">http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:097:FULL&amp;from=DE</a> C 97 A vom 15. März 2018 <a href="http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:097A:FULL&amp;from=DE">http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:097A:FULL&amp;from=DE</a>
<b>Bewerbungsfrist:</b>	<b>17. April 2018</b>
<b>Antragsunterlagen:</b>	Weitere Informationen finden Sie auf der EPSO-Website: <a href="https://epso.europa.eu/">https://epso.europa.eu/</a>

18

<b>Gegenstand:</b>	EUROPÄISCHE KOMMISSION Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Zuge des Mehrjahresarbeitsprogramms für die finanzielle Unterstützung im Bereich der transeuropäischen Energieinfrastruktur im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ für den Zeitraum 2014-2020 (Durchführungsbeschluss C(2018) 1615 der Kommission) Für die folgende Aufforderung werden Vorschläge erbeten: <ul style="list-style-type: none"><li>• CEF-Energy-2018-1</li></ul>
<b>Fundstelle: Abl.</b>	C 103 vom 19. März 2018 <a href="http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:103:FULL&amp;from=DE">http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:103:FULL&amp;from=DE</a>
<b>Bewerbungsfrist:</b>	<b>26. April 2018</b>
<b>Antragsunterlagen:</b>	Der vollständige Wortlaut der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen kann hier abgerufen werden: <a href="https://ec.europa.eu/inea/en/connecting-europe-facility/cef-energy/calls/2018-cef-energy-calls-proposals/2018-1-call-proposals">https://ec.europa.eu/inea/en/connecting-europe-facility/cef-energy/calls/2018-cef-energy-calls-proposals/2018-1-call-proposals</a>



## Vorschläge für Václav-Havel-Preis gefragt - Nominierungen bis Ende April möglich

Couragierte Verteidiger von Menschenrechten in aller Welt können noch bis zum 30. April für den Václav-Havel-Preis 2018 vorgeschlagen werden. Die Kandidaten sollen die Lage einer bestimmten Gruppe Menschen entscheidend verbessert, maßgeblich zur Aufdeckung von Menschenrechtsverletzungen beigetragen oder die Öffentlichkeit erfolgreich für den Schutz von Menschenrechten mobilisiert haben, heißt es in der Ausschreibung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der Charta 77 Foundation, die den Preis vergeben. Er ist mit 60.000 Euro dotiert und wird am 8. Oktober in Straßburg verliehen.



Im vergangenen Jahr wurde der in der Türkei inhaftierte Murat Arslan geehrt, früherer Berichterstatter des türkischen Verfassungsgerichts. Benannt ist der Preis nach dem 2011 verstorbenen tschechischen Schriftsteller, Menschenrechtler und späteren Staatspräsidenten Václav Havel. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 05/18*

Václav-Havel-Preis ausgeschrieben [Link](#)

## Ausschreibung zur Umsetzung des Europäischen Preises für Popmusik

Im Rahmen des Teilprogramms [KREATIVES EUROPA KULTUR](#) wird jährlich der Europäische Preis für Popmusik (ehemals [European Border Breakers Award](#)) an aufstrebende Nachwuchsmusikerinnen und -musiker verliehen. Gleichzeitig würdigt der Preis die kulturelle und sprachliche Vielfalt der europäischen Musik. Die Europäische Kommission sucht eine Organisation oder ein Konsortium, die/ das von 2018 bis 2021 die Durchführung und Verwaltung des Europäischen Preises für Popmusik übernimmt. [mehr](#)

Einreichfrist: 21. April 2018

• *eag Quelle: Creativ Europe Desk Newsletter 2/2018*



# Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)


## Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt.  
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Programm Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Innovation Call for startups  Luxembourg	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a>	<p>An engineering firm, based in Luxembourg, is looking to improve the well-being of their employees and their facility management.</p> <p>Thus, the company is launching a call for early to mature startups with expertise in developing technical solutions in the field of management, Human Ressource transformation, well-being at work and mobility to co-develop an all-inclusive tool (platforms or mobile applications) to improve quality of work life.</p> <p>Any interested startups are invited to apply until May 11th for a first evaluation of their application.</p> <p>Further information: <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/47c3af29-10d3-4cd7-899b-8def0432f685">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/47c3af29-10d3-4cd7-899b-8def0432f685</a></p>
M-era.NET  South Korea	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a>	<p>A Korean research institute is preparing for a project proposal under M-era.NET in June 2018. The main goal of the joint research is to create high performance composites utilizing bacterial nano cellulose materials and to further develop process for forming sheets and application studies.</p> <p>The institute seeks partners specialized in bacterial nano cellulose materials. A reliable and technological company, university, and a laboratory are all welcomed to join for R&amp;D.</p> <p>Further information:</p>



		<a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/f98bb11e-df09-498e-91a1-ba5db38d0d6b">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/f98bb11e-df09-498e-91a1-ba5db38d0d6b</a>
Technology Request – Enterprise Europe Network Database  France	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a>	<p>A French SME working in aircraft domain is looking for development of assembly techniques and technologies for wood materials for an innovative type of aircraft that will be environmentally friendly. Technical cooperation is sought with industry, technical institute or research laboratory to develop the prototype.</p> <p>Further information:  <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/03af98be-92af-44cc-9797-61e089b4738f">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/03af98be-92af-44cc-9797-61e089b4738f</a></p>
Horizon 2020 Call: H2020-MG-2-3-2018  Italy	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt E-Mail: <a href="mailto:eenpost@tti-md.de">eenpost@tti-md.de</a>  	<p>An Italian SME and EU notified body specialized in testing, certification and simulation in safety transportation (road, rail, air) is looking for partnership for submitting a proposal to the call H2020-MG 2 – 3 2018: Airworthiness of the drone mass market. The project aims to develop a CE mark approach for the “product UAV”, developing technical rules, standards and validation procedures for all relevant categories of drones, providing a best practice for supporting EASA's regulatory process.</p> <p>The Coordinator of CE_UAV is looking for partners from drone manufactures, operators, academia, safety regulators with demonstrated experience in design, construction of drones, safety analysis and assessment, and in addition from National Agency for Civil Aviation that can provide interface with public and private institutions.</p> <p>Further information:  <a href="https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/b0e95519-2d9c-4ba7-a4b6-65d9c12aa454">https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/b0e95519-2d9c-4ba7-a4b6-65d9c12aa454</a></p>



### GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches  
Rotes  
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

### KW12 – Quiz – Der Europäische Arbeitsmarkt

Am vergangenen Dienstag stellt die Europäische Kommission die *European Labour Authority* vor. Die ELA – Europäische Arbeitsmarktbehörde – ist die neueste Agentur und damit eine von über 40 bereits bestehenden EU-Agenturen. Die neue Agentur verfolgt eine Mission: Der „Wirtschaftsmacht Europa ein sozialeres Gesicht zu geben“, um es mit den Worten von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zu formulieren. ELA soll zukünftig für die Einhaltung von Sozialstandards sorgen und die mobilen Arbeitnehmer und Arbeitsmigranten in Europa unterstützen. Denn obwohl der europäische Wirtschaftsraum mittlerweile im Gleichschritt läuft, ist die Sozialpolitik der Union noch sehr uneins. Da das Thema mehr und mehr an Aufmerksamkeit gewinnt, stellen wir in dieser Woche einige Fragen über den europäischen Arbeitsmarkt.

1. Wie viele UnionsbürgerInnen leben und arbeiten im EU-Ausland, also außerhalb ihres Geburtslandes?
  - a) rund 800 Tausend
  - b) 3,2 Millionen
  - c) 17 Millionen



2. Der Zugang zum Europäischen Arbeitsmarkt steht auch den Angehörigen von Drittstaaten offen. Diese sind Länder, die nicht Teil der Europäischen Verträge sind, zum Beispiel die Türkei. Staatsbürgern dieser Länder stellt die EU ein besonderes Dokument zur Berechtigung zu Aufenthalt und Arbeit aus – welches?

- a) „Green Card“
- b) „Roter Ausweis“
- c) „Blaue Karte“

3. Die *ELA* ist nicht der erste Anlauf, in dem ein sozialpolitisches Konzept für die EU vorgestellt wird. Welchen Namen trägt die im Jahr 2017 vorgestellte EU-Initiative?

- a) EUSOPA (Europäischer Sozialpakt)
- b) ESSR (Europäische Säule sozialer Rechte)
- c) Agenda19



## Antworten

- zu 1.) Korrekt ist Antwort c. Rund 17 Millionen EU-Bürger leben und arbeiten derzeit außerhalb ihres EU-Geburtslandes und verdienen ihr Geld somit im EU-Ausland. Artikel 45 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ermöglicht allen UnionsbürgerInnen die freie Wahl des Arbeitsplatzes innerhalb der EU-28.
- zu 2.) Wieder ist Antwort c richtig. Mit der sogenannten „Blauen Karte“ gewährt die EU den Angehörigen von Drittstaaten Aufenthalt und Arbeit in den EU-Mitgliedsländern. An den Erwerb dieser Karte sind Bedingungen geknüpft: So muss der Bewerber beispielweise einen Hochschulabschluss oder gleichwertigen ausländischen Abschluss vorweisen können und seine anvisierte Arbeitsstelle muss ihm ein bestimmtes Jahresgehalt zahlen. Die „Blaue Karte“ dient also in erster Linie dem Anwerben hochqualifizierter Fachkräfte für etwaige Mangelberufe.
- zu 3.) Antwort b ist hier richtig. Mit der ESSR sollen soziale Divergenzen in Europa ausgeglichen und der Arbeits- und Fiskalmarkt widerstandsfähiger gemacht werden. Dies ist vor allem eine Antwort auf die Auswirkungen von globalen Finanz- und Wirtschaftskrisen. Diese „Säule“ reiht sich thematisch in die früheren „Säulen“ der Europäischen Union ein: GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik), PJZS (Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen) und Europäische Gemeinschaften und Europäische Atomgemeinschaft (EG; EURATOM) machten vor dem Vertrag von Lissabon das „Säulengerüst“ der EU aus.





# Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt  
bei der Europäischen Union  
80, Boulevard Saint Michel  
B – 1040 Brüssel  
Belgien

E-Mail-Adresse

[sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](mailto:sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de)

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Dr. Henrike Franz (HF)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	<a href="#">E-Mail</a>
Carmen Johannsen (Jo)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	<a href="#">E-Mail</a>
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	<a href="#">E-Mail</a>
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	<a href="#">E-Mail</a>
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	<a href="#">E-Mail</a>
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	<a href="#">E-Mail</a>
Andreas Schweitzer (AS)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	<a href="#">E-Mail</a>
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	<a href="#">E-mail</a>
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	<a href="#">E-Mail</a>
NN	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	<a href="#">E-Mail</a>
Julia Shirley Alsleben (JSA)	Praktikantin	...22	<a href="#">E-Mail</a>
Asli-Feyza Kursun (AFK)	Praktikantin	...22	<a href="#">E-Mail</a>
Simon Wessels (SW)	Praktikant	...22	<a href="#">E-Mail</a>

[Zurück zur Übersicht](#)



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

## Impressum

### Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der  
Europäischen Union  
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

### Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

### Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben  
oder Quelle: Internet

### Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

